

# Europa anders machen – Sozialunion statt Marktunion!

## Einleitung zum Schwerpunkt

von Ole Erdmann, Björn Hacker und Stefan Stache<sup>1</sup>



Foto: iStock.com/grandeduc (Buttons), iStock.com/manop1984 (Hände)

Europawahlen. Alle fünf Jahre ein ähnliches Ritual: die Parteien kramen ihre guten Absichtserklärungen für die Europapolitik hervor und reden sonst viel über Innenpolitisches. Nach dem Wahlgang wird unisono die niedrige Wahlbeteiligung bedauert – und dann geht es zur Tagesordnung über, die EU muss sich auf der politischen Agenda weit hinten einreihen. Ist es diesmal anders? Durch den Auftrieb der Rechtspopulisten in den letzten Jahren versichern viele Politikerinnen und Politiker, bei der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2019 gehe es um eine Richtungsentscheidung, um eine Schicksalswahl, um die Zukunft des Kontinents.

Und so entspinnt sich ein Wahlkampf, der anders als viele vorhergehende einen Fokus

auf Europa setzt. Doch dies geschieht in größerer Pauschalität. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger hätten in der Europawahl 2019 die Wahl zwischen jenen Kräften, die in der EU ein Feindbild erblicken und sie von innen abwickeln wollen, sowie den Freunden der europäischen Integration. „Für“ oder „gegen“ Europa: diese simple Formel soll wahlentscheidend sein. Dafür werden Bekenntnisse verlangt, die in ihrer Grobheit die Sachfragen zur Entwicklung des Staatenverbunds verdecken. Das kommt nicht nur den Neuen Rechten gelegen, die sowieso am liebsten mit dem Vorschlaghammer argumentieren: ohne Euro keine Eurokrise, ohne Flüchtlinge keine Flüchtlingskrise, ohne Europäisches Parlament kein Demokratiedefizit in der Union. Auch in vielen Parteien der sogenannten Mitte findet sich Unterstützung für diesen Antagonismus. Denn wer pauschal für Europa eintritt, es standhaft gegen seine Feinde verteidigt, der muss sich nicht im Detail mit politischen Fehlern der Vergangenheit und konkreten Plänen für die Zukunft beschäftigen.

<sup>1</sup> Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Sprecher des Europaforums der Köln SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

Dr. Björn Hacker ist Professor für europäische Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Allgemeine Bekenntnisse werden aber der heutigen Situation, in der die EU sich befindet, nicht gerecht. Das gilt auch für das Beschwören des „Sozialen Europas“, solange diese gerade in der Sozialdemokratie beliebte Phrase nicht in konkrete Schritte transformiert wird. Der politische Diskurs um Gegenwart und Zukunft Europas wurde in den vergangenen 25 Jahren zunehmend verengt auf den Nutzen der Staatenkooperation und ihrer supranationalen Institutionen als Marktmacht, die mithalten kann im globalen Wettbewerb. Dessen Intensivierung wird aufgegriffen durch eine Spiegelung internationaler Wettbewerbsbedingungen ins Innere der EU: Wer sich in der Konkurrenz der 28 bewährt, hat beste Chancen, auch auf dem Weltmarkt eine erfolgreiche Position einzunehmen. Doch diese „Heimholung“ globaler Marktinterdependenz birgt zwei Probleme: *Erstens* operiert die EU damit als Unterstützer einer „finanzkapitalistischen Spielanordnung“ (Stephan Schulmeister)<sup>2</sup>, die sich immer weiter von der realwirtschaftlichen Anbindung unternehmerischer Aktivitäten entfernt. *Zweitens* besteht ein grundlegendes Missverständnis ordnungspolitischer Natur, wenn Wettbewerb (über unternehmerische Marktpositionen hinaus) der Identifizierung des optimal an die Bedingungen der Globalisierung angepassten Staates dienen soll.

Wohin ein kaum oder schlecht regulierter Shareholder-Kapitalismus auf der Jagd nach der nächsten kurzfristigen Rendite über von der Realwirtschaft abgekoppelte Finanzinstrumente führen kann, hat vor zehn Jahren die globale Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt. Es ist dieser „Raubtier-Kapitalismus“ (Helmut Schmidt), der zur breit empfundenen Enttäuschung der wirtschaftlichen Globalisierung führt. Denn ein nicht nachhaltiges Investmentbanking ist mitnichten nur ein Problem auf einer fernen Ebene des internationalen Börsenparketts. Das Damoklesschwert von Firmenumstrukturierungen, Beteiligungsverkäufen, Standortverlagerungen, Werksschließungen und betriebsbedingten Kündigungen schwebt über einer

Vielzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben ihre Rolle zur Zählung der globalen Auswüchse des Finanzkapitalismus nur beschränkt wahrgenommen – auf die Finanztransaktionssteuer warten wir zehn Jahre nach der großen Krise weiterhin. Der Finanzmarktkapitalismus löste sich immer stärker von der Realwirtschaft und setzte Arbeitsbeziehungen, Löhne und soziale Standards zunehmend unter Druck. In allen europäischen Staaten sind die sozialen Auf Fangnetze löchriger geworden und soziale Unsicherheit und Ungleichheit nahmen zu. Dafür zeichnen verschiedene Politiken verantwortlich:

- die Orientierung der New Labour-Sozialdemokratie an einer vermeintlich individualisierten „Neuen Mitte“ jenseits der Klassenmilieus,<sup>3</sup>
- eine Politik der neuen Sozialdemokratie gegen das eigene politische Lager und zugunsten sozialer Gewinner, wodurch sie die Diskurshegemonie des Neoliberalismus beförderte,
- die unkritische Übernahme neoklassischer Wirtschaftspolitiken zur Einengung staatlicher Handlungsspielräume, etwa durch die Schuldenbremse und eine permanente Austeritätspolitik, wie z.B. im Fiskalpakt verordnet,
- eine falsch verstandene Modernisierung sozialer Sicherheit, die in erster Linie auf Risikoindividualisierung setzt und Elemente der Umverteilung zurückbaut,
- bis hin zu einem durch die ökonomischen Integrationsprojekte des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion

2 Schulmeister, Stephan (2018): Der Weg zur Prosperität, Salzburg: Ecowin Verlag.

3 siehe auch: Reinhardt, Max / Stache, Stefan/Burmeister, Kai: Zurückgefallen hinter eine erstarrte neue Rechte. Die SPD in der doppelten Krise der Repräsentation, in: Sozialismus 6/2016, S. 27-32 sowie Burmeister, Kai/Kremer, Uwe/Scholle, Thilo/Stache, Stefan: Europäische Sozialdemokratie – zwischen Krise und Erneuerung? Einleitung zum Heftschwerpunkt, in: spw 4/2017, S. 13-17.

(WWU) hervorgebrachten neuen Setting der Marktschaffung.

Die Durchdringung jeder Faser des Lebens mit dem Wettbewerbsprinzip durch eine globale Konkurrenzsituation und eine digitale Aufmerksamkeitsökonomie<sup>4</sup> ist von der EU befeuert, statt verhindert oder in geregelte Bahnen gelenkt worden. Der wachsende Druck, sich beruflich und sozial den sich verändernden Anforderungen so gut zu stellen, dass der eigene wirtschaftliche und gesellschaftliche Status gehalten werden kann, hat längst zu Abstiegsängsten bis weit in die Mittelschichten hineingeführt.

Nicht alles ist schlecht an Flexibilisierung und mehr Mobilität, doch über die schleichende Ablösung des Normalarbeitsverhältnisses durch Befristungen, Leiharbeit, Teilzeit, Geringfügigkeit und Solo-Selbständigkeit ist über den ganzen Kontinent die Sicherheit des Aufstiegsversprechens verschwunden. Die Prekarisierung der Arbeit zeigt sich auch durch – gerade in Deutschlands Dienstleistungsgewerbe – lange Phasen der Lohnstagnation bzw. gerade die Inflation ausgleichender Lohnsteigerungen. Dort, wo die ArbeitnehmerInneninteressen in der Industrie einstmals besonders stark vertreten waren, wurde eine gezielte Dekollektivierung eingeleitet. Öffnungsklauseln in Flächenarbeitsverträgen führten zur Verbetrieblichung der Tarifverhandlungen – oft zum Nachteil von Mindeststandards der ArbeitnehmerInnenseite. Natürlich kann die Flexibilisierung der Arbeitswelt an anderer Stelle aufgefangen werden, doch wurde in den Sozialstaatsreformen der letzten 25 Jahre selten der theoretische Anspruch einer selbstbestimmten und solidarisch abgesicherten Flexibilität verfolgt, wenn von „Flexicurity“ gesprochen wurde. In Deutschland bedeutete die Hartz-IV-Flexibilisierung zunehmenden Druck, auch ungesicherte und niedrig entlohnte Beschäftigung unter dem eigenen Qualifikationsniveau anzunehmen. Erst zehn Jahre nach der Agenda 2010 konnte der eingeführte Mindestlohn die Folgen zum Teil abmildern.

Strukturreformen sind das Zauberwort, mit denen der schrittweise Umbau der Sozialsysteme nach dem Fahrplan der ökonomischen Neoklassik umgesetzt wird. Die Teilprivatisierung der Rentensysteme, die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Ausweitung der Zumutbarkeitskriterien, die Politik der Aktivierung von Erwerbslosen und die Stigmatisierung des schnellen Abrutschens aus der Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe – Reformschritte, die sich in einer Vielzahl europäischer Staaten beobachten ließen und lassen. Die dahinterstehende Idee einer Abkehr von passiven Sozialstaatsleistungen zugunsten von Eigenvorsorge und Aktivierung durch Konditionierung führte zur Ergänzung sozialer Rechte der Bürgerinnen und Bürger um soziale Pflichten. Die Doppelbewegung aus der Auflösung tradierter industrieller Beziehungen hin zu einem intensivierten finanzkapitalistischen Wettbewerb und der Abbau sozialer Sicherungs- und Auffangnetze sind die Bedingungen für eine sich vertiefende gesellschaftliche Spaltung. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen koppeln sich in Europas unter Druck geratenen Wohlfahrtsstaaten zunehmend ab von den Erwerbseinkommen der ArbeitnehmerInnen. Doch Steuerwettbewerb und Sozialstaatsreformen sorgen auch nach der staatlich vorgenommenen Umverteilung für eine immer geringer ausfallende Korrektur ungleicher Gesellschaften.

Die Politik der „Flexicurity“ suchte ebenso wie die Idee des „Dritten Wegs“ nach Möglichkeiten, die neuen Anforderungen an eine globalisierte Weltwirtschaft mit tradiertem Sozialschutz und kollektiven Interessen zu vereinbaren. Jedoch ging es dabei stets um eine Anpassung der vorgefundenen sozialen Sicherungssysteme, des Arbeitsmarktes und der Wirtschaftspolitik an die Bedingungen einer als Externalität wahrgenommenen Globalisierung, nie ging es um die Gestaltung dieser Globalisierung entlang der Prioritäten der Wohlfahrtsstaaten. Neue weltweite Wertschöpfungsketten, schnelle digitale Kommunikation, die Zunahme des globalen Warenaustauschs und einfachere Bedingungen für Verlagerungen von Produktion und Kapitalgewinnen haben die Welt zusammenwachsen lassen. Sie haben aber gleichzeitig zunehmenden Konkurrenzdruck und

<sup>4</sup> Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten - Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin: Suhrkamp.

Wettbewerb erzeugt, mit denen die Spielräume der nationalstaatlich verbliebenen Regulierung der Wirtschaft, das Ermöglichen einer dekommodifizierenden Politik, für viele Staaten zusehends kleiner wurden.

Dieses System wurde durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, so muss zehn Jahre nach dem Fall der Investmentbank Lehman Brothers 2008 als Initial der Krise konstatiert werden, kaum erschüttert. Die offensichtliche Unzulänglichkeit des blinden Vertrauens auf die marktliche Selbststeuerung über unregulierte Finanzmärkte und exzessiv gesteigerte Wettbewerbsbedingungen führte nicht zu konsequenter Einhegung des Finanz- und Rückkehr zum Realkapitalismus. Die Krise war allerdings ganz real und die Staatsverschuldung schoss angesichts von Bankenrettungs- und Konjunkturprogrammen in ungeahnte Höhen. In der Folge begann eine Entschuldungspolitik, an der sich neben Unternehmen und Privaten auch viele europäische Staatshaushalte beteiligten, mit der Konsequenz, dass dort alle drei Wirtschaftssektoren zu Nettosparern wurden. Da es ohne Verschuldungssektor jedoch keine Investitionen in der Wirtschaft geben kann, bleibt nur noch das Ausland als externer Absorber übrig. Spiegelbildlich zum Rückzug des Staates verschulden sich europäische Staaten heute außerhalb der WWU. Das in Berlin am deutschen Beispiel erdachte Management der Eurokrise hat diese Entwicklung in anderen Eurostaaten befördert. Es folgt den am eigenen Modell erfolgreich erprobten Politiken des Exportüberschusses bei binnenwirtschaftlicher Stagnation durch Lohnzurückhaltung und Investitionsstau zugunsten der fiskalischen „Schwarzen Null“ im Bundshaushalt. Die Austeritätspolitiken hatten ebenso wie der Fiskalpakt das Ziel, diesen deutschen Merkantilismus als Erfolgsmodell zu exportieren und zum Modell der Währungsunion zu machen. Das Problem dahinter ist seine Unverantwortlichkeit. So wie sich Deutschland lange auf Kosten der europäischen Nachbarn wirtschaftlich saniert hat, versucht nun die Eurozone insgesamt einen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber der restlichen Welt zu fahren. Ein Plan, der außerhalb einer Währungsunion schnell an der Realität von Währungsabwertungen oder Einfuhrzöllen scheitern muss, wie

sie etwa im Handelskonflikt mit den USA sichtbar werden.

„It's the economy, stupid“, möchte man mit dem ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton in den Europawahlkampf rufen. Doch anders als Clintons Wahlkampfteam 1992 geht es heute nicht um die kurzfristige Wirtschaftslage. Es geht vielmehr um die Notwendigkeit grundlegender Korrekturen an der Wirtschaftsordnung, wie sie sich über das letzte Vierteljahrhundert entwickelt hat. Der EU sollte eine neue Rolle als natürliches Schutzschild vor den Schattenseiten der Globalisierung zukommen. Ein spezifisches europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell zu schützen und weiter zu entwickeln, wäre dabei eine zutiefst sozialdemokratische Aufgabe. Damit gelänge zum einen die Abgrenzung gegen jene der Marktreligion verfallenen Liberalen, die ernsthaft glauben, die – ihrer Meinung nach alternativlose – marktkonforme Demokratie führe über Disziplinierung zu Wohlstand. Zum anderen würde die Nutzung Europas als Schutzschild gegen eine verirrte Wettbewerbseuphorie auch gegenüber jenen dienlich sein, die als vermeintliche Alternative zur internationalen Zusammenarbeit die Rückkehr in ein nationalstaatliches Gestern anbieten, in dem gerade auch kleinere europäische Staaten nur sehr begrenzte makroökonomische und soziale Regulierungsmacht besitzen würden. Umgekehrt könnte die Wirtschaftsstärke und der politische Einfluss Deutschlands für einen solidarischeren Politikpfad in der EU genutzt werden. Wichtige erste Schritte hin zu einer Überwindung des Austeritätskurses und zu einem investiven, sozial-ökologischen Wachstumspfad wären auch ohne den langfristig notwendigen Umbau der EU-Verträge in Form von vertiefter Kooperation zwischen den EU-Staaten möglich. Neben Deutschland unterstützen nur wenige Länder, wie z.B. die Niederlande, Finnland oder das Baltikum, einen harten Sparkurs.<sup>5</sup> Die Voraussetzung wäre allerdings ein Politikwechsel in Deutschland, indem die SPD sich von der vorherrschenden Wettbewerbslogik löst, die soziale Zumutungen und Risiken in andere EU-Länder

<sup>5</sup> siehe hierzu die Diskussion zwischen Joachim Schuster und Daniel Seikel u.a.; Tagungsbericht spw-Frühjahrstagung 10.-11.03.2017, „Linke Strategien für Europa“ <https://www.spw.de/xd/public/content/index.html?pid=253>

verlagert. Jene Logik fand ihren schärfsten Ausdruck im Narrativ von den faulen Griechen, für die Deutschland zahlen müsse. Anders als vielfach auch von Teilen der Parteispitze vermutet, wäre eine Mehrheit der Wahlbevölkerung für eine Politik ansprechbar, die auch Elemente sozialer Umverteilung zwischen den EU-Staaten beinhaltet. Wie eine aktuelle repräsentative Befragung für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) verdeutlicht, besteht eine hohe Diskrepanz zwischen den Erwartungen an die europäische Politik und der Beurteilung der EU in der Frage der sozialen Gerechtigkeit. Über 70 Prozent der Befragten sprechen sich für einen europäischen Mindestlohn, gemeinsame Investitionen, eine einheitliche Unternehmensbesteuerung oder für Maßnahmen zum Schutz der sozialen Sicherung aus. Allerdings offenbaren die Befunde auch eine Skepsis gegenüber der EU. So möchte eine breite Mehrheit die soziale Sicherung weiterhin lieber auf nationaler Ebene geregelt sehen. Zugleich trauen die Befragten der SPD beim Thema ArbeitnehmerInnenrechte oder Gerechtigkeit in Europa kaum mehr Kompetenz als den Unionsparteien zu.<sup>6</sup> Aufgrund ihrer eigenen Repräsentationskrise und der sozialstaatlichen Repräsentationslücke in der EU, kann die SPD diese theoretischen Mehrheiten für solidarische Projekte nicht einfach mobilisieren. Erst recht nicht dann, wenn sie ausschließlich mit den Vorteilen zu argumentieren sucht, die hiesige ArbeitnehmerInnen von Europa haben. Jüngst war die SPD – trotz eines auf ihren Druck hin umfassend und mit durchaus progressiven Vorschlägen die Europapolitik in den Blick nehmenden Regierungsprogramms – weder in der Migrationspolitik, noch in der Handelspolitik oder in der Diskussion um die Vorschläge Emmanuel Macrons für eine Reform der Eurozone als sozial-integrative Kraft in Europa erkennbar. Soziale Einschnitte und Verunsicherung sind konkret erfahrbar, daher müssen solidarische Reformprojekte den Lebensalltag verbessern und dürfen nicht nur abstrakte Zukunftskonzepte bleiben.

Was sind aber die zugrundeliegenden Werte und Überzeugungen, aus denen ein neues sozialdemokratisches Narrativ einer EU mit Schutzfunktion entwickelt werden kann? Inwieweit und an welchen Stellen muss Europa zunächst beweisen, die eigenen Krisenherde unter Kontrolle bringen zu können? Auf welchen Themenfeldern zeigt sich die beschriebene Funktion der EU als Katalysator von Globalisierung und Wettbewerbsprinzip besonders deutlich und wie wäre ein alternativer Pfad konturiert? Welche Antworten im linken politischen Spektrum versprechen einen vorwärtsgewandten sowie nachhaltigen Umgang mit den sozioökonomischen Herausforderungen grenzüberschreitender Natur? Und welche liefern dagegen allzu einfache Diagnosen und Rezepte, die sich wegbewegen von der Notwendigkeit einer Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Strategien und globalen Risiken? Diesen Fragen wollen wir in diesem Schwerpunkt nachgehen. Wir möchten damit kein detailliertes Programm zur Europawahl liefern, sondern einen Zwischenruf tätigen. Die Zukunft der Union wird sich nicht entlang der Demarkationslinie von „für“ oder „gegen“ Europa entscheiden. Wir möchten stattdessen darauf hinweisen, wie vielschichtig die Auseinandersetzung unterhalb dieser Allgemeinplätze ist, wie stark sich nationale und europäische Interessen und Zuständigkeiten mischen. Letztlich geht es uns darum aufzuzeigen, dass eine solidarische Gestaltung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse auch in und mit der EU weiterhin möglich und nötig ist. Der Heftschwerpunkt knüpft u.a. an die spw 1/2017 „Linke Strategien für Europa“ an.

### Beiträge des Schwerpunkts

Nikolaus Kowall diskutiert die Möglichkeiten und Grenzen nationaler Wirtschaftspolitik in der EU. Im Gegensatz zu den USA oder China, die über einen großen Binnenmarkt verfügen und deren Bruttoinlandsprodukt weniger vom Export abhängt, besitzen europäische Länder wie Frankreich, Großbritannien oder Spanien deutlich geringere Einflussmöglichkeiten auf ihre Volkswirtschaften. Kowall stellt dar, dass dies umso mehr für kleine Länder wie Belgien und Österreich gilt. Er zeigt auf, dass in der Slowakei die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten

6 Posthofen, Martha/Schmid, Frieder (2018): Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich. Was die Deutschen von Europa erwarten, Bonn: FES, <http://library.fes.de/pdf-files/fes/14913.pdf>, abgerufen am 15.02.2019.

aufgrund der Abhängigkeit von der Automobi-  
 lindustrie, dem Export und ausländischen Di-  
 rektinvestitionen besonders gering sind. Die  
 deutsche Volkswirtschaft weist laut Kowall  
 zwar beträchtliche Handlungsspielräume auf,  
 etwa durch öffentliche Investitionen oder die  
 gesetzliche Flankierung gewerkschaftlicher Ta-  
 rifpolitik. Sie stoße jedoch bei der Setzung von  
 Standards für internationale Konzerne und de-  
 ren Besteuerung sowie der Einführung einer Fi-  
 nanztransaktionssteuer an ihre Grenzen. Dort  
 greift jedoch die Regulierungsmacht der EU  
 – auch aufgrund der Größe des gemeinsamen  
 Binnenmarktes. Kowall erklärt, dass es daher  
 naheliegt, sie in den Fokus einer progressiven  
 Politikstrategie zu nehmen.

Dominika Biegion stellt in ihrem Beitrag die  
 Position des DGB im Vorfeld der Europawahlen  
 dar. Sie bemängelt, dass progressive Kräfte die  
 großen Probleme der Währungsunion zu ver-  
 halten kritisieren – aus Angst, als Europeage-  
 ner wahrgenommen zu werden. Dabei geht  
 es aus Sicht des DGB genau darum, die wirt-  
 schaftliberale Schlagseite der Wirtschafts- und  
 Währungsunion zu korrigieren. Entsprechend  
 fordert der DGB einen wirtschaftspolitischen  
 Kurswechsel in Europa. Darüber hinaus warnt  
 Biegion davor, dass die progressiven Vorschläge  
 Macrons zur Reform der Währungsunion nun  
 zu einem neoliberalen Projekt umgedeutet wer-  
 den, bei dem der Finanzminister, die Fiskaluni-  
 on und die damit einhergehende zunehmende  
 Macht der EU über die Wirtschafts- und Fi-  
 nanzpolitik der Mitgliedsstaaten zu einer noch  
 schärferen Durchsetzung von Austeritätspolitik  
 genutzt werden könnten.

Björn Hacker wendet sich gegen falsche  
 Frontstellungen im Sinne des Gegensatzes zwi-  
 schen dem (linken oder rechten) Ruf nach Ab-  
 schottung und Heimat auf der einen und einer  
 neoliberalen europäischen Marktunion auf der  
 anderen Seite. Er analysiert die linke Kritik an  
 der EU und die dort aufkeimende Rückkehr  
 ins Nationale und arbeitet heraus, warum ein  
 Rückbau der europäischen Integration nicht  
 zu einem linkssozialen und keynesianistisch  
 geprägten Bullerbü der 1960er Jahre führt.  
 Statt der Suggestion des warmen Feuers der  
 eben nicht mehr souveränen Nationalstaaten,

muss für ihn die Kritik an der marktliberalen  
 Schlagseite der EU Grundlage dafür sein, die  
 Wirtschafts- und Währungsunion zur Fiskal-  
 union auszubauen und ein Soziales Europa zu  
 entwickeln, das die nationalen Wohlfahrtsstaa-  
 ten schützt.

Willi Koll und Andrew Watt arbeiten die  
 fehlende Konvergenz der Lohn- und Preisent-  
 wicklung sowie von Geld- und Fiskalpolitik  
 und die daraus erwachsende Krisenanfälligkeit  
 der Wirtschafts- und Währungsunion heraus.  
 Sie plädieren für eine neu aufgestellte makroö-  
 konomische Koordinierung zwischen allen re-  
 levanten Wirtschaftsakteuren in Europa unter  
 Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeit-  
 gebern. Damit zielen die Autoren v.a. auf eine  
 höhere ökonomische Stabilität der Eurozone  
 und eine solidarische Lohnpolitik in Abgren-  
 zung zum vorherrschenden Modell des Wett-  
 bewerbskorporatismus ab.

Gesine Schwan kritisiert im Interview mit  
 spw die vorherrschende Migrationspolitik  
 Deutschlands und der EU, die zuletzt einseitig  
 auf Abschottung setzt. Sie erläutert ihren Vor-  
 schlag, denjenigen Kommunen, die Geflüchtete  
 aufnehmen wollen, über die Kosten der Inte-  
 gration hinaus Mittel für Investitionen in die  
 öffentliche Infrastruktur u.a. zur Verfügung zu  
 stellen. Eine solche Strategie könne zum einen  
 sozial-ökologische Projekte, aber auch demo-  
 kratische Teilhabe fördern. Darüber hinaus  
 plädiert sie für eine europäisch organisierte  
 Stabilisierung der sozialen Sicherung in öko-  
 nomischen Krisen, etwa durch Kredite für die  
 Arbeitslosenversicherung betroffener Länder,  
 als Möglichkeiten einer solidarischeren Politik  
 in der EU. ■